



Alles Fundamentalismus?

In der Debatte über die Ausländerpolitik spielt eine immer wichtigere Rolle der angeblich unvereinbare Gegensatz zwischen der liberal-demokratischen Auffassung von Gesellschaft, Kultur und Politik auf der einen Seite und der islamischen auf der anderen Seite. Doch was ist wirklich dran an der Angst um das Abendland?

„Im Namen Allahs des Gnädigen, des Barmherzigen.“ - Der Anfang einer jeden Koransure ist für circa 3 Millionen Menschen in Deutschland Maxime. Die Anzahl der Muslime wird in Zukunft mit Sicherheit zunehmen. Wie sieht das Bild des Islam bei der nicht-muslimischen Mehrheit der Bevölkerung aus? Ein Beispiel: In einer Landtagsdebatte über Ausländerintegration meint der Redner Freiherr von Rotenhan



(CSU): „Als aller erstes hätte die islamische Religion zur Folge, dass Frau Gote (Grüne) als Frau diesem Parlament nicht mehr angehören würde.“ Auch auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt sich der Referent Professor Bobzin skeptisch. Der Islam sei eine Religion, die seit ihren Anfängen als überlegene, vorherrschende und eng mit der Herrschaft verbundene Erscheinung auftrat. Weit stärker als das Prinzip der Toleranz sei in ihr das Prinzip des Gehorsams und der Unterwerfung unter den Willen Allahs angelegt. Er weist darauf, dass in keinem der islamischen Staaten eine funktionierende Demokratie etabliert ist.

Gefährliche Sicherheiten

Dort hat besonders seit den 70er Jahren eine Bewegung an Bedeutung gewonnen, die meist mit dem Begriff „Islamischer Fundamentalismus“ bezeichnet wird. Sie ist in erster Linie eine Reaktion auf die bestehenden sozialen Probleme

und auf die Konfrontation mit der modernen, westlichen Welt und die dadurch entstandenen kulturellen Identitätsverluste. Als fragwürdiges Heilmittel bietet sich den verunsicherten Menschen die radikale Sicherheit des Islam an. Die zentrale Forderung ist eine Totalität des Islam in seiner ursprünglichen Form. Folglich sollte das islamische Rechtssystem der Scharia überall bestimmend sein, der Koran wörtlich genommen und die Trennung von Staat und Religion aufgehoben werden.

Es bleibt die Frage, ob die Muslime in Europa für diese radikalen Positionen empfänglich sind und ob ihre Religion mit dem Leben in einem säkularen, demokratischen Staat vereinbar ist. Fundamentalismus ist nämlich nicht vom Inhalt eines Weltbildes her zu definieren, sondern über „die Haltung und das Verhalten gegenüber Menschen, die andere Weltbilder vertreten“ (C. J. Jäggi). Sehr aufschlussreich hierzu ist ein Artikel von Mathias Rohe, Professor für vergleichendes Recht, in der FAZ vom 27. Okto-



ber 2000, in dem festgestellt wird: „Immerhin haben in den neunziger Jahren gleichzeitig drei Frauen in der islamischen Welt (Türkei, Pakistan und Bangladesh) bedeutendste Staatsämter bekleidet.“ Ein Umstand, der von Rotenhan vermutlich nicht bekannt war.

Akzeptanz der Verfassung

Aussagen über den Islam werden meist von Unwissenheit und Pauschalisierung getragen. Zwischen den Strömungen innerhalb des Islam oder auch, wie sich der Islam in Mehrheits- und wie in Minderheitssituationen äußert, sollte man genau unterscheiden. Erst wenn

dies geschieht, kann beispielsweise vernünftig über bestehende Ungleichbehandlungen von Frauen im Namen des Islam oder die Befürwortung der Scharia als staatliches Recht diskutiert werden.

So schreibt Rohe: „Die meisten der hiesigen Muslime wollen in einem demokratischen Deutschland leben, und sie akzeptieren die Verfassung“. Und außerdem: „Ein erheblicher Teil der Muslime in Deutschland entstammt also einem rechtskulturellen Umfeld, das sich von der mittelalterlichen Interpretation der Islamischen Rechts weitgehend gelöst hat. Von daher darf ein hohes Maß an Offenheit gegenüber westlichen Rechtsgrundsätzen erwartet werden.“

Rohe legt in seinem Artikel dar, dass das islamische Rechtssystem der Scharia kein statisches und damit notwendig rückständiges Recht ist, sondern dass im Gegenteil die meisten Vorschriften wandelbar sind und über die Rechtsgelehrten der islamischen Welt interpretiert wurden und werden. Neben dem aktuellen innerislamischen Diskurs gibt es im Islam sogar Vorschriften über das Leben von Gläubigen in einer fremden Gesellschaft, die nicht mehrheitlich islamisch ist. Die

Behauptung, eine hierfür notwendige Trennung zwischen (weltlichem) Recht und Religion gebe es im Islam nicht, ist in Rohes Augen die Minderheitenposition der Islamisten. Er weist in diesem Zusammenhang auf die Neigung Europas hin, das „von den Islamisten in Anspruch genommene Interpretationsmonopol für den Islam ungeprüft anzuerkennen.“

Moderner Islam

Wo genau liegt die Gefahr? Eine konservative Auffassung, was die Rolle der Religion, des Staates, der Familie oder des Einzelnen angeht, kann noch kein Hindernis für das Leben in einer Demokratie sein. Interessant ist nur, wie weit sich geltendes Gesetz und religiöse Regeln in einem unauflöselichen Gegensatz befinden. Dazu das Fazit von Rohe: „Es könnte sich also ein deutsches oder europäisches islamisches Recht herausbilden, das auf der modernen Weiterentwicklung beruht und damit den Grundlagen der hier geltenden Rechtsordnung entspricht.“

Markus Henn,
AK Integration & Ausländerrecht

